

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 19.06.2018
um 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Stellvertretender Vorsitz

Herr Kurt-Peter Friese

Ratsmitglieder

Herr Mathias Heidtmann

Frau Monika Hein

Frau Katharina Elisabeth Keil

Herr Ernst Otto Mähler

Vertretung für Frau Dr. Bluth

Herr Klaus Mandt

Herr Thorsten Michael Pohl

Vertretung für Herrn Hüsgen

Herr Sebastian Thiel

Herr Peter-Edmund Uibel

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski

Frau Margit Dorf Müller

Vertretung für Herrn Weber

Frau Susanne Fiedler

Frau Ursula Hecker

Vertretung für Herrn Gerber

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Frau Jutta Wilke

Frau Ursula Wilms

Vertretung für Herrn Rau

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Lars Jochimsen

Schriftführer/in

Frau Birgit Mendryschka

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Einführung und Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder |
| 2 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 3 | | Niederschrift über die Sitzung vom 24.04.2018 |
| 4 | | Betriebliches Mobilitätsmanagement im Bergischen Städtedreieck - BMM
HOCH DREI
Aktueller Sachstand und erste Ergebnisse |
| 5 | 15/4899 | Gesamtstädtische Mobilitätsstrategie |
| 6 | 15/4941 | European Energy Award - Beschlussfassung Maßnahmenprogramm
2018ff |
| 7 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäfts-
ordnung |
| 7.1 | 15/4806 | Brennstoffzellen-Busse für Remscheid |
| 7.1.1 | 15/4965 | Antwort auf die Anfrage "Brennstoffzellen-Busse für Remscheid" der
Fraktion Die Linke |
| 7.2 | 15/4851 | Baustellenmanagement bei Reparaturen im und am örtlichen Straßen-
netz |
| 7.2.1 | 15/4862 | Anfrage der WIR zum Thema "Baustellenmanagement bei Reparaturen
im und am örtlichen Straßennetz" |
| 7.3 | 15/5009 | Engpässe im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-
Terminvergabe |
| 7.3.1 | 15/5046 | Anfrage zu Engpässen im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-
Terminvergabe |
| 7.4 | 15/5010 | Satzung und Gebühren für Sondernutzung |
| 7.5 | 15/5055 | Wie weit sind die Arbeiten am neuen Handlungskonzept für mehr Sicher-
heit, Sauberkeit und Ordnung in der Stadt Remscheid gediehen?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.06.2018 für den Ausschuss für Bürger,
Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 19.06.2018 und den Rat am
05.07.2018 |
| 7.6 | 15/5060 | Sicherheit und Ordnung auf den Remscheider Friedhöfen - Anfrage der
CDU-Fraktion |
| 8 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | 15/4959 | Bericht zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in
Remscheid 2018 |

- 8.2** 15/4848 Lagebericht Flüchtlinge in Remscheid, Entwicklung in den Jahren 2016 / 2017 und Vergleich
- 8.3** 15/4639 Kommunales Gewerbeflächenentwicklungskonzept
- 8.4** Sachstandsbericht ROSI
- 9** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 10** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 11** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 11.1** 15/5053 Neues Sicherheitskonzept für Remscheid
- 12** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 13** 15/4968 BP 137, 4. Änderung - Gebiet: Hindemithstraße
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB)
2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB)
3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)
- 14** 15/5002 Vorläufige Sicherung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Herbringhauser Talsperre
- 15** 15/5011 Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid

1. Einführung und Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder

Frau Kreimendahl eröffnet die Sitzung.

Sie bittet den Ausschuss, des verstorbenen Herrn Wolfgang Klubertz zu gedenken.

Anschließend werden analog § 67 Abs. 3 i. V. m. § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die neuen Ausschussmitglieder

- Herr Dr. Axel Kolodziej
- Frau Ursula Wilms und
- Herr Mathias Hubert

von der Vorsitzenden, Frau Kreimendahl, ins Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

2. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl bittet folgende Tagesordnungspunkte mit in die Tagesordnung aufzunehmen:

TOP 7.3 – Ds.-Nr.: 15/5009 - Engpässe im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe,
 TOP 7.3.1 – Ds.-Nr.: 15/5046 - Anfrage zu Engpässen im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe,
 TOP 7.4 – Ds.-Nr.: 15/5010 - Satzung und Gebühren für Sondernutzung,
 TOP 7.5 – Ds.-Nr.: 15/5055 - Wie weit sind die Arbeiten am neuen Handlungskonzept für mehr Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in der Stadt Remscheid gediehen?
 Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.06.2018 für den Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 19.06.2018 und den Rat am 05.07.2018,
 TOP 7.6 – Ds.-Nr.: 15/5060 - Sicherheit und Ordnung auf den Remscheider Friedhöfen - Anfrage der CDU-Fraktion,
 TOP 11.1 – Ds.-Nr.: 15/5053 - Neues Sicherheitskonzept für Remscheid,
 TOP 14 – Ds.-Nr.: 15/5002 - Vorläufige Sicherung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Herbringhauser Talsperre,
 TOP 15 – Ds.-Nr.: 15/5011 - Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid.

Sie stellt fest, dass die Ds.-Nr.: 15/5011 - Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid – nicht für die BV 3 – Lennep – ausgezeichnet ist und erkundigt sich nach dem Grund.

Herr Ammelt weist darauf hin, dass ein Anhörungsrecht der BV 3 – Lennep - nicht gegeben und das gewählte Verfahren somit rechtmäßig ist. Planerische Änderungen, die das Gebiet der BV 3 – Lennep – betreffen, sind nicht erfolgt.

Herr Heidtmann beantragt, den TOP 11.1 – Ds.-Nr.: 15/5053 - Neues Sicherheitskonzept für Remscheid – von der Tagesordnung abzusetzen, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf hat.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja 10 Nein 0 Enthaltung

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung setzt den Tagesordnungspunkt 11.1 - Ds.-Nr.: 15/5053 - Neues Sicherheitskonzept für Remscheid – von der Tagesordnung ab.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Frau Fiedler beantragt, TOP 15 – Ds.-Nr.: 15/5011 - Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid von

der Tagesordnung abzusetzen, da auch hier noch Beratungsbedarf besteht. Frau Hecker unterstützt den Antrag.

Frau Kreimendahl weist auf die gesetzte Frist bis 15.07.2018 hin und erklärt, dass bei einer Behandlung im Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss am 21.06.2018 keine weitere Möglichkeit des Fachausschusses zur Beratung besteht.

Auf Anfrage von Herrn Thiel erläutert Herr Ammelt, dass er nicht einschätzen kann, ob einer Fristverlängerung seitens des Ministeriums zugestimmt werden wird.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja 14 Nein 0 Enthaltung

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung setzt den Tagesordnungspunkt 15 – Ds.-Nr.: 15/5011 - Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid – von der Tagesordnung ab.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt des Weiteren, folgende Tagesordnungspunkte mit in die Tagesordnung aufzunehmen:

TOP 7.3 – Ds.-Nr.: 15/5009 - Engpässe im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe,
 TOP 7.3.1 – Ds.-Nr.: 15/5046 - Anfrage zu Engpässen im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe,
 TOP 7.4 – Ds.-Nr.: 15/5010 - Satzung und Gebühren für Sondernutzung,
 TOP 7.5 – Ds.-Nr.: 15/5055 - Wie weit sind die Arbeiten am neuen Handlungskonzept für mehr Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in der Stadt Remscheid gediehen?
 Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.06.2018 für den Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 19.06.2018 und den Rat am 05.07.2018,
 TOP 7.6 – Ds.-Nr.: 15/5060 - Sicherheit und Ordnung auf den Remscheider Friedhöfen - Anfrage der CDU-Fraktion,
 TOP 14 – Ds.-Nr.: 15/5002 - Vorläufige Sicherung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Herbringhauser Talsperre,

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

3. **Niederschrift über die Sitzung vom 24.04.2018**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 24.04.2018 wird in der vorgelegten Form einstimmig bestätigt.

4. **Betriebliches Mobilitätsmanagement im Bergischen Städtedreieck - BMM HOCH DREI Aktueller Sachstand und erste Ergebnisse**

Ein Mitarbeiter des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie stellt das Projekt „Betriebliches Mobilitätsmanagement im Bergischen Städtedreieck – BMM HOCH DREI“ mit aktuellem Sachstand, Zielsetzung und den weiteren Verfahrensschritten vor – siehe hierzu auch **Anlage 1** der Niederschrift.

Auf Anfrage von Frau Fiedler erklärt er, dass die Umsetzung der Ergebnisse von den jeweiligen Entscheidungsträgern abhängig ist; der Aufbau eines nachhaltigen Mobilitätsmanagements aus seiner Sicht aber forciert werden sollte, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

5. **Gesamtstädtische Mobilitätsstrategie Vorlage: 15/4899**

Einleitend bedankt sich Frau Reul-Nocke ausdrücklich bei den beiden zuständigen Mitarbeiterinnen des FD Umwelt für den engagierten Einsatz zur Erarbeitung des 2017 begonnenen und nun vorliegenden Gesamtkonzeptes zur Mobilitätsstrategie in Remscheid.

Frau Meves hält eine kurze Einführung zu den im Folgenden zu behandelnden Themen

- Klimaschutz
- Anpassung an den Klimawandel
- Mobilität und
- European Energy Award

siehe hierzu auch **Anlage 2** der Niederschrift.

Frau Fiedler befürwortet das gesamtstädtische Konzept, kündigt aber insbesondere zur Priorisierung der Maßnahmen Änderungsanträge im ASWEV bzw. im Rat an.

Des Weiteren kündigt Frau Fiedler Zusatzfragen zum Konzept an. Die Anregung von Frau Kreimendahl, Fragen und Antworten unabhängig von der Beratung im ASWEV dem Protokoll beizufügen, wird von ihr abgelehnt.

Frau Fiedler bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- S. 52 – bedarfsgerechte Verkehrssteuerung
Mit welcher Technik soll diese bedarfsgerechte Verkehrssteuerung ablaufen?
Frau Meves sagt eine Beantwortung im Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

In Remscheid gibt es nach Auskunft der TBR nur verkehrsabhängige Steuerungen, die unabhängig von WLAN funktionieren. Im Rahmen der Bearbeitung der Maßnahme 8 „Bedarfsgerechte Steuerung“ ist dann zu prüfen, wie die Lichtsignalanlagen hinsichtlich Vorrang und Beschleunigung von Bussen, Fußgängern und Fahrradfahrern; Einrichtung von LSA, die das Queren der Fahrbahn in einem Zug ermöglichen, neu gesteuert werden können.

- S. 62 – kommunale Fahrzeugflotte
Welche Anschaffungsentscheidungen im Hinblick auf eine umweltfreundliche Flotte liegen bei der Stadt Remscheid vor?
Frau Reul-Nocke berichtet für den FD Interne Dienste, dass im Zuständigkeitsbereich des städt. Zentraleinkaufs ausschließlich nur der Förderatbestand "Elektrofahrzeuge für den hoheitlichen Gebrauch" tangiert ist, so dass sich die Prüfung von Fördermöglichkeiten nebst etwaiger Beantragungen auf diesen Bereich beschränkt.

Zurzeit liegen dem städt. Zentraleinkauf (noch) keine Bedarfsanforderungen der Fachdienste für (E-)Fahrzeuge in hoheitlichen Aufgabengebieten i. S. d. förderfähigen Tatbestandes vor.

Zentral veranlasste Aktivitäten und Prüfungen erfolgen darüber hinaus in enger Abstimmung mit dem jeweiligen Fachdienst bei auslaufenden Leasing-Verträgen i. S. d. Maßnahme 17 der in der politischen Beratung befindlichen "Gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie" (DS 15/4899; siehe Anlage).

Für das einzige bislang über den städt. Zentraleinkauf bestellte E-Fahrzeug für Herrn Beig. Neuhaus wurde bereits ein entsprechender Förderantrag (Umweltbonus) gestellt.

Antwort der Verwaltung:

In diesem Zusammenhang kann verwiesen werden auf die DS 15/4877 – Beschaffungen für den städtischen Fuhrpark im Jahr 2017 (Prüfauftrag Fördermöglichkeiten E-Mobilität Beantwortung einer Anfrage von Herrn RM Schichel aus der Sitzung des Rates der Stadt Remscheid am 22.02.2018 Prüfauftrag des Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung vom 24.04.2018). Dort werden nähere Erläuterungen zu Beschaffungspraxis für Fahrzeuge gegeben.

- S. 66 – Erhalt und Ausbau des Radwegenetzes
Wie ist der aktuelle Stand der geplanten Verlängerung der Balkantrasse, die zur Beschleunigung der Realisierung aus dem Gesamtkonzept des Radwegenetzes herausgenommen worden ist?
Frau Reul-Nocke bestätigt dies; die Planung wurde bereits in Auftrag gegeben; der aktuelle Sachstand wird dem Protokoll beigefügt.
(Antwort liegt noch nicht vor.)
- S. 68 – Einrichtung von Fahrradabstellanlagen
Wurde das Angebot der Arbeit Remscheid angenommen, so dass diese am Bahnhof Lennep Fahrradabstellanlagen installiert hat / installieren wird?
Ein entsprechendes Angebot ist weder Frau Reul-Nocke noch Frau Meves bekannt.
Eine Beantwortung zum Protokoll wird zugesagt.

Antwort der Verwaltung:

Es liegt nur ein Prüfauftrag für die Installation von Fahrradabstellanlagen vor. Im Rahmen des Radverkehrskonzepts wird dieser Auftrag näher betrachtet.

- S. 81 – Einsatz von Servicekräften im ÖPNV
In welchen Bereichen werden welche Kräfte zu welchen Zwecken eingesetzt?
Frau Meves erklärt, dass diese Maßnahme mittelfristig in den nächsten 3 Jahren umgesetzt werden wird, so dass die Details noch nicht feststehen.
Frau Reul-Nocke weist darauf hin, dass die Stadtwerke Remscheid GmbH zuständigkeitshalber zu diesem Thema gehört werden sollte. Die Anfrage wird entsprechend weiter geleitet. (Eine Antwort der Stadtwerke Remscheid GmbH liegt bisher nicht vor.)
- S. 91 – Erhebung des Modal Split
Der Modal Split wurde beschlossen. Wurden zwz. Fördermittel für die Erhebung nachgefragt / beantragt?
Frau Meves führt aus, dass Voraussetzung für die Beantragung von Fördermitteln eine Mitgliedschaft in der AG Fahrradfreundliche Stadt ist. Diese Mitgliedschaft ist derzeit noch nicht möglich, da zum einen die finanziellen Mittel in Höhe von 2500,-- Euro nicht zur Verfügung stehen und zum anderen die fachlichen Bedingungen (fahrradfreundliche Gestaltung) noch nicht vorliegen. Die Erhebung soll gemacht werden; die Maßnahme hat eine hohe Priorität; Gespräche mit der Verkehrsplanung werden geführt, um die entsprechenden Finanzmittel in den kommenden Haushalt einzuwerben.

Auf Anfrage von Herrn Uibel berichtet Frau Meves, dass unter den Begriff „Fahrräder“ nicht nur normale Räder, sondern auch Pedelecs, E-Bikes u. ä. fallen. Kollisionen von Rad- und Fußgängerkehr werden bei der Detailplanung näher untersucht und vertraglich geplant. Hinsichtlich der bevorzugten Sichtbarkeit der Plattform „Mobilität“ im Internet sagt Frau Meves zu, sich für die vorrangige Darstellung auf der Startseite der Stadt Remscheid einzusetzen.

Frau Wilms ergänzt folgende Fragen:

- S. 86 – Einführung eines steuerfinanzierten Bürgertickets
In wie weit können Mittel umgeschichtet werden, um das Ticket doch zu realisieren?

Antwort der Verwaltung:

Mit der Einführung eines steuerfinanzierten Bürgertickets soll neben der Verlagerung des motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV auch die erhöhte Teilhabe von Erwerbslosen und Geringverdienern am gesellschaftlichen Leben durch bessere Mobilität erreicht werden. Die Tickets werden durch den Kaufpreis und einen Zuschuss des örtlichen Verkehrsanbieters finanziert. In Remscheid erhalten die Stadtwerke Remscheid eine Umlage von der Stadt, um Leistungen im ÖPNV an den VRR zu zahlen. Die Stadtverwaltung hat – wie andere Kommunen auch – aufgrund angespannter Haushaltslage auf die Preisgestaltung des VRR Einfluss genommen, so dass der Kostendeckungsgrad im ÖPNV erhöht wurde. Das vorhandene Sozialticket wird vom Land NRW bezuschusst.

- S. 86 – Alternative Antriebe im ÖPNV
Wurden Initiativen wie der h2-netzwerk-ruhr e. V. oder der HyCologne-Wasserstoff Region Rheinland e. V. bei der Beurteilung der Machbarkeit berücksichtigt?
- Sie gibt zu bedenken, dass die Ausweitung der Elektromobilität z. B. im Individualverkehr eher kontraproduktiv ist, da diese nicht durch erneuerbare Energien befriedigt werden kann.
Frau Meves erläutert, dass der Remscheider Strom-Mix im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wesentlich mehr Möglichkeiten bietet. Im Übrigen laufen Kampagnen zur

Entwicklung alternativer Fahrzeugantriebe; Hinweise auf alternative erneuerbare Energien werden gegeben (z. B. Ökostrom).
Generell gilt im Klimaschutz, dass die Vermeidung von Emissionen an erster Stelle steht.

- Wie soll das Car-Sharing realisiert werden?
Frau Meves erklärt, dass aktuell nur 1 Standort angeboten wird. Geplant ist, professionelle Betreiber zu kontaktieren, um auf dieser Grundlage ein Konzept zu entwickeln.

Herr Thiel fragt unter Hinweis auf S. 16 – alternative Antriebe – an, ob Vergleichszahlen über Elektrofahrzeuge auch von der Produktion bis hin zur Verwertung vorliegen. Frau Meves sagt eine Überprüfung zu; sofern Zahlen ermittelt werden können, werden diese dem Protokoll beigelegt.

Antwort der Verwaltung:

Im Vortrag „Umweltfreundlich und effizient: Elektroautos – die Fahrzeuge der nahen Zukunft?!“ von Prof. Dr. Schmülling (Klosterkirche, 07.06.2018) werden Antworten zum ökologischen Fußabdruck von Batterien in Elektrofahrzeugen gegeben. Prof. Schmülling stellt zur Beantwortung der Fragen Teile des Vortrags für die Niederschrift zur Verfügung (siehe Anlage). Prof. Schmülling weist aber darauf hin, dass die Abschätzungen auf den Folien 27-31 nur als grobe Einschätzung anzusehen sind. Die Angaben beziehen sich dort zum Beispiel auf die Normverbräuche nach NEFZ, die nur bis zum September 2017 offizielle Gültigkeit besaßen. Prof. Schmülling geht davon aus, dass bei einem tiefergehendem Vergleich mit aktuelleren Zahlen sowohl was den Strommix als auch, was die Verbräuche der Fahrzeuge angeht, die Elektromobile noch besser im Verhältnis zu den Verbrennern abschneiden.

Herr Chudzinski erkundigt sich nach dem geplanten Reporting-Verfahren. Frau Meves teilt mit, dass Sachstandsberichte im Abstand von 2 – 3 Jahren vorgesehen sind.

Frau Fiedler bittet, das Verfahren der Berichterstattung zum European Energy Award auch für den Sachstand über die Mobilitätsstrategie anzuwenden. Entsprechendes wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt die Umsetzung der gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie vorbehaltlich der Verfügbarkeit der notwendigen Haushaltsmittel.

6. European Energy Award - Beschlussfassung Maßnahmenprogramm 2018ff Vorlage: 15/4941

Auf Anfrage von Frau Fiedler führt Frau Meves aus, dass die Eisspeicheranlage im Schulzentrum Rosenhügel seit 2 Jahren in Betrieb ist; die für die Albert-Einstein- Gesamtschule vorgesehene Anlage soll Ende 2018 / 2019 in Betrieb gehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt das Maßnahmenprogramm des European Energy Award für den Projektzeitraum 2018 und folgende Jahre.

7. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**7.1. Brennstoffzellen-Busse für Remscheid
Vorlage: 15/4806**

Frau Wilms fragt ergänzend an, ob Kooperationen mit den im Folgenden aufgeführten Initiativen geprüft worden und geplant sind:

- Projekt „Jive“ - eine europäische Initiative für Wasserstofffahrzeuge vom EU-Programm „Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking“ gefördert
- Hycologne – Wasserstoff Region Rheinland e. V.
- H₂-Netzwerk-Ruhr e. V.

Herr Putz verweist auf die Zuständigkeit der Stadtwerke Remscheid GmbH und sagt eine Weiterleitung der Anfrage zu. Die Beantwortung soll dem Protokoll beigefügt werden.

Antwort der Stadtwerke Remscheid GmbH:

Die im Schreiben vom 27.06.2018 „Auszug aus der Niederschrift“ erwähnten Projekte sind uns bekannt. Wir beobachten kontinuierlich die Entwicklung auf dem Sektor der alternativen Antriebe und u. a. auch die Möglichkeit des Einsatzes des Brennstoffzellenbusses in unserem Liniennetz.

Nach intensiven, internen Überlegungen und Inanspruchnahme externer Spezialberater sind wir Anfang 2018 zu dem Ergebnis gekommen, dass für uns zurzeit der ökologischste und ökonomischste „Einstieg“ in die alternativen Antriebstechnologien der Einsatz von Hybridtechnologie ist.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anfrage der Fraktion Die Linke zu den Brennstoffzellen-Bussen für Remscheid zur Kenntnis.

7.1.1. Antwort auf die Anfrage "Brennstoffzellen-Busse für Remscheid" der Fraktion Die Linke

Vorlage: 15/4965

Die Antwort auf die Anfrage "Brennstoffzellen-Busse für Remscheid" der Fraktion Die Linke wird zur Kenntnis genommen.

**7.2. Baustellenmanagement bei Reparaturen im und am örtlichen Straßennetz
Vorlage: 15/4851**

Die Anfrage der WIR-Gruppe zum Baustellenmanagement bei Reparaturen im und am örtlichen Straßennetz wird zur Kenntnis genommen.

**7.2.1. Anfrage der WIR zum Thema "Baustellenmanagement bei Reparaturen im und am örtlichen Straßennetz"
Vorlage: 15/4862**

Frau Reul-Nocke führt auf Nachfrage von Frau Hecker aus, dass Straßenbau- und Straßenverkehrsbehörden bemüht sind, Baustelleneinrichtungen zu koordinieren, dies jedoch im Einzelfall nicht immer funktioniert.

Herr Beckmann ergänzt, dass Probleme dann auftreten können, wenn systembedingt mehrere Baustellen gleichzeitig eingerichtet werden müssen bzw. Baustellen sich entgegen den Absprachen verzögern. Die Baustellenkoordination mit den Nachbargemeinden funktioniert nur bedingt.

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der WIR zum Thema "Baustellenmanagement bei Reparaturen im und am örtlichen Straßennetz" wird zur Kenntnis genommen.

**7.3. Engpässe im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe
Vorlage: 15/5009**

Die Anfrage der SPD zu den Engpässen im Ämterhaus und den langen Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe wird zur Kenntnis genommen.

7.3.1. Anfrage zu Engpässen im Ämterhaus - lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe

Vorlage: 15/5046

Auf Anfrage von Herrn Thiel führt Herr Beckmann aus, dass die personellen Engpässe durch eine Umschichtung von Stundenkontingenten und die Reaktivierung von Mitarbeitern überbrückt werden sollen. Die zu diesem Zweck ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft wird Lösungen insbesondere mit Blick auf die erwarteten Nachfragen nach neuen Personalausweisen in 2019 erarbeiten.

Auf Nachfrage von Frau Wilms ergänzt Frau Reul-Nocke, dass mit Blick auf den Stärkungspakt Personalmehrbedarfe zwar geprüft wurden, neue Stellen aber nicht eingerichtet werden.

Die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD zu Engpässen im Ämterhaus und langen Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Satzung und Gebühren für Sondernutzung
Vorlage: 15/5010

Frau Kreimendahl verweist auf die Ds.-Nr.: 15/5023 - Rahmenbedingungen für die Durchführung von Brauchtumsveranstaltungen auf der Robert-Schumacher-Straße – und erklärt, dass der Bürgermeister der BV 3 – Lennep – zum Thema Sondernutzungsgebühren bereits am 26.04.2018 erstmalig einen entsprechenden Antrag gestellt hat, der inhaltlich dem der SPD-Fraktion entspricht und daher eine erneute Antragstellung nicht mehr notwendig ist, zumal ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung bereits erteilt wurde.

Frau Reul-Nocke führt verwaltungsseitig aus, dass am 28.04.2018 die Modalitäten der Nutzung der Robert-Schumacher-Straße festgelegt wurden und eine Überarbeitung der Sondernutzungsgebührenordnung zugesagt wurde, mit dem Ziel der Gebührenreduzierung. Der Sonnenscheintarif für die Außengastronomie hat sich bewährt und wird beibehalten. Für die Sondernutzung im Bereich von Straßen und Plätzen ist vorgesehen, nutzungsunabhängig für alle Nutzer eine Pauschale mit reduzierten Nutzungsgebühren festzulegen. Die entsprechende Verwaltungsvorlage wird nach der Sommerpause auf den parlamentarischen Weg gebracht. Die Auswirkungen auf den Haushalt werden dargestellt; ein rückwirkendes Inkrafttreten der Änderungen ist vorgesehen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anfrage der SPD-Fraktion und die ergänzenden Ausführungen zur Kenntnis.

7.5. Wie weit sind die Arbeiten am neuen Handlungskonzept für mehr Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in der Stadt Remscheid gediehen?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.06.2018 für den Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 19.06.2018 und den Rat am 05.07.2018
Vorlage: 15/5055

Herr Heidtmann beantragt Wortprotokoll im Hinblick auf die Ausführungen von Frau Reul-Nocke.

Frau Reul-Nocke führt aus: „Ja, ich versuche einmal, die einzelnen Fragen zu beantworten. Wir haben derzeit noch keine Ergebnisse. Wie Sie wissen, hat ja der Rat in der Sitzung im Mai mit großer Mehrheit dazu einen Beschluss gefasst, ein Konzept für Sicherheit und Ordnung für diese Stadt als Handlungskonzept analog des Konzeptes des Städte- und Gemeindebunds im Grunde genommen zu erarbeiten. Die haben jetzt noch keine Ergebnisse. Das erst einmal vorweg. Was wir allerdings geplant haben ist, weil es sich hier – auch unsere ersten Diskussionen im Verwaltungsvorstand – um eine gesamtstädtische Aufgabe handelt und eben nicht nur originär eine Aufgabe, die jetzt ganz konkret hier den Fachdienst Bürger, Sicherheit und Ordnung betrifft, sondern eben auch viele andere Bereiche, nicht nur TBR, Bereich Jugend und Soziales, Bereich Stadtentwicklung im Grunde genommen kann man das durchdefinieren durch alle Fachdienste dieser Stadtverwaltung – es gibt – man könnte eher umgekehrt die Frage stellen, welche Fachdienste sind eigentlich nicht beteiligt an einem solchen Konzept. Wir beabsichtigen, das in Form einer vernünftigen Projektstruktur im Verwaltungsvorstand erst einmal im Hinblick auf das weitere Vorgehen zu erarbeiten und vorzustellen. Aber das ist eben nicht eine Sache, die man eben so mit Bordmitteln machen kann – das hatte ich auch schon im Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss so ausgeführt – sondern wir halten ein solches Konzept nicht nur eben in der Koordinierung der einzelnen Fachdienste, sondern auch – und das ist eben ein Teil der Fragestellung – ganz, ganz wesentlich die Einbeziehung der Bürger und zwar nicht nur in Form der Bezirksvertretungen – was ja sowieso gemacht wird, was wir sowieso beabsichtigen – sondern auch, dass wir versuchen, Bürger einzubeziehen, um deren Sichtweise und auch deren Wertigkeit im Grunde genommen mit ein zu beziehen in ein solches Konzept. Wir hatten in der entsprechenden Mitteilungsvorlage, die ja dem Rat vorgelegen hatte, Bezug genommen auf das Beispiel in Dortmund, wo in sogenannten Quartierslaboren zufällig ausgewählte Bürger befragt worden sind

und mit einbezogen worden sind in diesen Prozess; auch bei der Frage, was versteht man denn eigentlich unter Sicherheit, weil der Aspekt ja auch sehr groß ist. Frau Fiedler hat eben im Grunde genommen nebenbei die Frage von Verkehrssicherheit und die Überprüfung durch Politessen angespielt. Auch die Frage von Verkehrssicherheit gehört zum Bereich Sicherheit und nicht nur die Frage von Kriminalität oder Angsträumen. Von daher ist das ein sehr groß gesehener Komplex, der auch dann bedeutet, dass man sich überlegt: wer hat eigentlich welche Aufgabe, was ist Aufgabe der Stadt, was ist Aufgabe der Bürger. Von daher ist dieses Element der Einbeziehung der Bürger ein ganz wesentliches Element bei dem von uns vorgesehenen Handlungskonzept, um so dem Ratsbeschluss nachzukommen. Von daher, die einzelnen Stadtbezirke sollen natürlich entsprechend den Gremien, den entsprechenden Bezirksvertretungen selbstverständlich miteinbezogen werden. Im Hinblick darauf, welche personellen Aufstockungen seitens der Verwaltung erforderlich sind und auch die Frage, welche Präventionsarbeit im Bereich Jugendhilfe da konkret erforderlich ist, das werden jetzt Antworten, die würden im Grunde genommen das gesamte Konzept schon vorwegnehmen. Von daher werden das Fragen sein, die im Rahmen des Konzeptes auch zu beantworten sind.“

Die Anfrage von Herrn Heidtmann bezüglich der generellen Einplanung entsprechender Ressourcen wird von Frau Reul-Nocke bestätigt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**7.6. Sicherheit und Ordnung auf den Remscheider Friedhöfen - Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/5060**

Frau Reul-Nocke führt für die zuständige TBR aus, dass auch der 2. Zwischenfall auf einem Remscheider Friedhof nicht darauf hin deutet, dass man von einer Spezialisierung von kriminellen Übergriffen auf Friedhöfen ausgehen kann, so dass das damalige Statement aufrecht erhalten bleibt, d. h. seitens der Stadt Remscheid kein Handlungsbedarf gesehen wird.

Vorgesehen ist allerdings, das Thema in der nächsten Sitzung der ROSI-Initiative zu thematisieren. Das Ergebnis wird dem Ausschuss mitgeteilt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt zustimmend Kenntnis.

8. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**8.1. Bericht zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in Remscheid 2018
Vorlage: 15/4959**

Frau Fiedler fragt bezogen auf das „Kompetenzzentrum Starkregen“ an, ob zu diesem Thema eine Berichterstattung im Ausschuss vorgesehen ist.

Frau Meves erklärt, dass das Kompetenzteam „Starkregen“ verwaltungsintern zur Begleitung des beauftragten Gutachtens aufgestellt wurde. Dieses Team war bisher nur an der Erstellung des Kartenwerks beteiligt; im Rahmen der weiteren Umsetzung werden auch Vorschläge für bauliche Maßnahmen u. ä. erarbeitet werden.

Herr Uibel bittet, im weiteren Verfahren auch das gesamtstädtische Mobilitätskonzept zu berücksichtigen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den Bericht zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in Remscheid 2018 zur Kenntnis.

**8.2. Lagebericht Flüchtlinge in Remscheid, Entwicklung in den Jahren 2016 / 2017 und Vergleich
Vorlage: 15/4848**

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den Lagebericht „Flüchtlinge in Remscheid, Entwicklung in den Jahren 2016 / 2017 und Vergleich“ zur Kenntnis.

8.3. Kommunales Gewerbeflächenentwicklungskonzept Vorlage: 15/4639

Frau Fiedler erkundigt sich nach der Umsetzung des Konzeptes.

Herr Ammelt führt aus, dass die künftige Umsetzung einzelflächenbezogen realisiert werden wird. Dabei werden die priorisierten Flächen vorrangig betrachtet. Die parlamentarischen Gremien werden im Rahmen des jeweiligen Verfahrens unterrichtet.

Auf Anfrage von Herrn Uibel teilt Herr Ammelt mit, dass das Brachen-Recycling und die Wiedernutzung von Flächen auch langfristig mit Priorität betrieben werden sollen. Eine Flächenumwandlung für gewerbliche Nutzung ist gemäß den aktuellen Rechtsvorschriften verträglich mit der Nachbarnutzung umzusetzen. Auf Gewerbeflächen ist eine Einzelhandelsnutzung nur untergeordnet zulässig; reiner Einzelhandel ist ausgeschlossen.

Auf Nachfrage von Frau Fiedler berichtet Herr Ammelt, dass das Gewerbeflächenentwicklungskonzept nur gewerbliche Flächen betrachtet. Brachliegende Sportflächen können ggf. im Rahmen des Wohnbauflächenpotentialatlas berücksichtigt werden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt das kommunale Gewerbeflächenentwicklungskonzept zur Kenntnis.

8.4. Sachstandsbericht ROSI

Frau Reul-Nocke berichtet, dass das letzte Treffen Ende März 2018 stattgefunden hat. Der Arbeitskreis tagt 2x-jährlich mit einem festen Teilnehmerstamm. Themenbezogen werden weitere Teilnehmer eingeladen.

Die gewünschte schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizei und der Stadt Remscheid wird in der 26. KW 2018 unterzeichnet werden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

9. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

11. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**11.1. Neues Sicherheitskonzept für Remscheid
Vorlage: 15/5053**

Herr Thiel verweist auf das bereits beauftragte Konzept zur Sicherheit in Remscheid, stellt aber weiterhin fest, dass die Politik die Entwicklung mit weiteren konkreten Vorschlägen und Anregungen aktiv begleiten sollte, um ein ausgereiftes Endergebnis zu erhalten.

Herr Heidtmann stellt fest, dass die im Antrag der SPD enthaltenen Vorschläge bereits in vollem Umfang durch die CDU beantragt und beschlossen wurden. Die Verwaltung sollte Gelegenheit erhalten, auf dieser Grundlage ein tragfähiges Konzept zu entwickeln und vorzulegen. Im Rahmen der politischen Beratung können weitere Maßnahmen zusätzlich angeregt und beschlossen werden.

Herr Chudzinski unterstützt den Antrag der SPD. Im Übrigen bittet er, im Rahmen des Verfahrens auch die finanziellen Auswirkungen darzulegen. Außerdem sollte analog der Vorgehensweise bei der Aufstellung des Verkehrssicherungskonzeptes im Vorfeld der parlamentarischen Beratung eine Vorabstimmung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 8 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beauftragt die Verwaltung, folgende Anregungen bei der Ausarbeitung eines neuen Sicherheitskonzeptes insbesondere zu berücksichtigen:

- Einrichtung einer übergeordneten koordinierenden Stelle (Fachbereiche: Jugendhilfe, Soziales, Stadtentwicklung, Ordnung) in der Verwaltung, die im Wesentlichen die Aufgabe erhält zu analysieren, wo sich in Remscheid neue Schwerpunkte oder Orte gehäufte Bürgerbeschwerden ergeben
- Analyse der tatsächlichen Defizite (bezogen auf Ortsteile)
- Analyse hinsichtlich öffentlicher Aufenthaltsorte für alle Altersgruppen und ob diese ausreichend bekannt sind
- Personelle Aufstockung im Bereich der Streetworker
- „komplette“ Stadtsäuberung – Grundreinigung
- Zusätzliche Standorte für Müllbehälter in Verbindung mit Aschenbechern
- Einbinden der Bevölkerung zum Beispiel mit:
 - Patenschaften für Grünstreifen
 - Ausweitung des Picobello-Tags
 - Präventionsarbeit in Kindergärten, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendeinrichtungen
 - Aufklärung und Sensibilisierung für Hauseigentümer („Rund ums Haus“)
- Überarbeitung der Ordnungssatzung

- Prüfung der personellen wie materiellen Ausstattung des KOD und deren Kosten

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung werden nicht vorge-
tragen.

13. BP 137, 4. Änderung - Gebiet: Hindemithstraße

**1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegange-
nen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB)**

**2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegange-
nen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Be-
lange (§ 4 (2) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB)**

**3. Satzungsbeschluss
(§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)
Vorlage: 15/4968**

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat folgende
Beschlussfassung:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 137_4. Änderung, Gebiet: Hindemithstraße hat einschließlich Begründung und einschließlich der nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, in der Zeit vom 26.03.2018 bis einschließlich 04.05.2018 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem beigelegten Ergebnisbericht entschieden, dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 26.03.2018 eingeleitet. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem beigefügten Ergebnisbericht entschieden, dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB und § 7 GO NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 137_4. Änderung, Gebiet: Hindemithstraße - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt.

Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 a (2) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB und § 10 a (1) BauGB abgesehen.

Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes Nr. 137_4. Änderung, Gebiet: Hindemithstraße – sind der BP 137 und der BP 137_2. Änderung in den Teilen nicht mehr anzuwenden, in denen sie von der aktuellen Bauleitplanung überlagert werden.

14. Vorläufige Sicherung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Herbringhauser Talsperre Vorlage: 15/5002

Frau Hecker und Frau Fiedler kritisieren die späte Zusendung der Unterlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 2 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss beschließt die unter 2. wiedergegebene Stellungnahme der Stadt Remscheid zur beabsichtigten vorläufigen Sicherung des Wasserschutzgebietes Herbringhauser Talsperre.

15. Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid Vorlage: 15/5011

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 2 Enthaltungen 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss beschließt die unter 2. wiedergegebene Stellungnahme der Stadt Remscheid zur beabsichtigten Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzender

Birgit Mendrysha
Schriftführer/in